

AMNESTY INTERNATIONAL

PRESSEERKLÄRUNG

31. Juli 2020

Iran: Durchgesickerte amtliche Dokumente zeigen, dass die COVID-19 Krise in den Gefängnissen geleugnet wird

Durchgesickerte offizielle Dokumente, die Amnesty International vorliegen, zeigen, dass die iranische Regierung wiederholt Bitten von Gefängnisleitungen ignoriert hat. Diese hatten um zusätzliche Mittel zur Eindämmung von COVID-19 und zur Behandlung von infizierten Häftlingen gebeten. Es liegen Kopien von vier Briefen der iranischen Gefängnisbehörde vor, die der Judikative unterstehen. Diese sind an den zuständigen Gesundheitsminister gerichtet und weisen auf den alarmierenden Mangel an Schutzausrüstung, Desinfektionsmitteln und medizinischen Geräten hin. Der Gesundheitsminister gab keine Antwort, so dass die iranischen Gefängnisse bei Krankheitsausbrüchen katastrophal unterversorgt bleiben.

Der Inhalt dieser Briefe steht im großen Gegensatz zu den öffentlichen Erklärungen von Asghar Jahangir, Berater des Leiters des Justizwesens. Dieser hatte die „beispielhaften“ Initiativen zum Schutz der Gefangenen vor der Infektion gelobt und einen Anstieg der Infektionszahlen und der Todesfälle in Gefängnissen im Zusammenhang mit COVID-19 geleugnet. Diese sind zurückzuführen auf die Überfüllung unhygienische Bedingungen und fehlendem Zugang zu medizinischer Behandlung.

„Diese Dokumente sind ein unumstößlicher Beweis für die erschreckenden Versäumnisse der Regierung beim Schutz der Gefangenen. Seit Monaten wurden die Bitten um die dringend benötigten Desinfektionsmittel, Schutzausrüstungen und medizinischen Geräte ignoriert. Das ist besonders alarmierend, da die Briefe deutlich die Anwesenheit von besonders gefährdeten Personen in den iranischen Gefängnissen aufzeigen,“ sagte Diana Eltahawy, stellvertretende Abteilungsleiterin für den Nahen Osten und Nordafrika von Amnesty International.

„Überfüllung, mangelnde Lüftung, Mangel an sanitären Einrichtungen und medizinischer Ausstattung und die Vernachlässigung von gesundheitlichen Problemen der Häftlinge bereiten die Grundlage zur Ausbreitung der Corona-Infektion. Die iranischen Behörden dürfen nicht weiterhin die gesundheitliche Krise in den Gefängnissen leugnen. Sie müssen dringend Schritte zum Schutz der Gesundheit und des Lebens der Gefangenen unternehmen.“

Der Leiter der Gesundheitsabteilung der Gefängnisorganisation hatte schon am 29. Februar 2020 dem Gesundheitsminister ein Schreiben in der Sache vorgelegt, dem vier weitere Briefe am 25. März, 12. Mai, 14. Juni und 5. Juli folgten. Amnesty International liegen diese Briefe vor.

Im Brief vom 25. März wurden Desinfektionsmittel und Schutzausrüstung für drei Monate erbeten, darunter 5.400.000 Masken, 10.000 N95-Masken, 3.600.000 Gummihandschuhe, 10.000.000 Plastikhandschuhe, 450.000 Liter Handdesinfektionsmittel, 5.000 Gesichtsschilde, 5.000 Schutzbrillen, 5.000 Schutzkittel, 300 Ventilationssysteme und 250 Maschinen zur Schädlingsbekämpfung. Außerdem wird die Finanzierung von Hunderten

medizinischen Geräten wie Blutdruck- und Glukosemessgeräten, Thermometern, Pulsmessgeräten, Stethoskopen und Defibrillatoren angemahnt.

Im Brief wird gewarnt, dass bei Untätigkeit „Sicherheitsrisiken“ und „irreparable Schäden“ entstünden, besonders vor dem Hintergrund, dass iranische Gefängnisse „mit Personen belegt seien, die schon unter Vorerkrankungen litten, Drogen konsumierten, an Unterernährung, Blutarmut, HIV, Hepatitis und Tuberkulose litten“. Zu berücksichtigen seien auch „ältere Menschen, Schwangere, stillende Mütter und ihre Kleinkinder, die wegen ihres niedrigen sozio-ökonomischen Status ein schwaches Immunsystem hätten“.

Weitere Schreiben wiederholen diese Forderungen und mahnen eine Antwort der Regierung an. Im Brief vom 5. Juli wird nochmals auf die fehlenden Antworten des Ministeriums verwiesen und um ein sofortiges Treffen gebeten.

Staatliche Leugnung

Am 6. April 2020 sagte Asghar Jahangir in einem Interview, der Iran müsse international für seine Anstrengungen zum Schutz der Gefangenen vor der Covid-19-Infektion anerkannt werden. Er behauptete, dass „die Gefangenen bessere Standards für Gesundheit und Hygiene vorfänden als in Freiheit.“ Er behauptete ferner, dass in den Gefängnissen im Land überall medizinisches Personal zur Überwachung der Gesundheit der Gefangenen eingestellt worden sei. Gefangene mit Symptomen einer Infektion würden unverzüglich getestet und bei positiven Tests in ein Krankenhaus außerhalb des Gefängnisses gebracht. Daher sei seither nicht ein einziger Todesfall durch COVID-19 in einem Gefängnis vorgekommen.

Die erwähnten Dokumente und die Angaben der Gefangenen zeigen jedoch ein anderes Bild. Amnesty International erhielt erschreckende Berichte von Gefangenen, deren Erkrankung tagelang vernachlässigt wurde, selbst wenn sie vorher schon Herz- oder Lungenerkrankungen, Diabetes oder Asthma hatten. Bei Verschlimmerung ihrer Symptomatik verlegte man sie lediglich in eine getrennte Abteilung, wo sie ohne ausreichende ärztliche Behandlung blieben.

Mindestens eine positiv getestete Gefangene, Zeynab Jalalian, ist seit dem 25. Juni „verschwunden“. Sie war sechs Tage im Hungerstreik gewesen, weil die Beamten ihr eine Behandlung in einer geeigneten Klinik verweigerten. Manchmal, wie bei der gewaltlosen politischen Gefangenen Narges Mohammadi, weigerten sich die Beamten, die Betroffenen über das Ergebnis der COVID-19-Tests zu informieren.

Unabhängige Menschenrechtsgruppen mit Kontakten in Gefängnisse berichteten von mehr als 20 mutmaßlichen Todesfällen durch COVID-19-Erkrankungen in den Gefängnissen: 2 im Ghezel Hesar-Gefängnis in der Provinz Alborz, 6 im Zentralgefängnis von Groß-Teheran, 8 im Gefängnis Urumieh in West-Aserbaidschan, je 1 im Kamyaran- und Saqez-Gefängnis und 1 im Sepidar-Gefängnis in der Provinz Khuzestan. Eine Anfrage der WHO zum Besuch des Evin-Gefängnisses in Teheran wurde im März 2020 abgelehnt.

Grausame und unmenschliche Haftbedingungen

Nach Angaben der iranischen Behörden wurden zwischen Februar 2020 und Mai etwa 120.000 Gefangene zeitweise freigelassen, weitere 10.000 wurden begnadigt. Am 15. Juli 2020, als ein Höchststand der COVID-19-Erkrankungen erreicht war, kündigte der Sprecher des Leiters des Justizwesens an, dass Richtlinien für die Freilassung weiterer Gefangene erarbeitet worden seien. Von diesen begrüßenswerten Maßnahmen waren jedoch Hunderte

politischer Gefangene ausgenommen, darunter Menschenrechtsverteidiger, Ausländer_innen, Doppelstaatsangehörige, Umweltschützer_innen, aus religiösen Gründen Inhaftierte und willkürlich in Verbindung mit den Protesten vom November 2019 Inhaftierte. Es wurden sogar weitere politisch Verfolgte inhaftiert. Einige gewaltlose politische Gefangene, die im März Hafturlaub erhielten, wurden wieder ins Gefängnis zurückbeordert.

Nach neueren offiziellen Verlautbarungen gab es am 13. Juni 2020 211.000 Gefangene in den iranischen Gefängnissen, zweieinhalb Mal mehr als die offizielle Kapazität von 85.000 Plätzen. Im Juli des Vorjahres waren es offiziell 240.000 Gefangene.

Weiter Anlass zur Sorge geben u.a. die mangelnde Lüftung und Klimatisierung, schmutzige und unzureichende Baderäume, mangelnde Möglichkeiten zum Geschirrspülen, Wäschewaschen und persönlicher Hygiene, niedriger Wasserdruck in den Duschen, verbreiteter Schädlingsbefall, unzureichende Trinkwasserversorgung und Essensqualität. Wegen Mangel an Betten müssen viele Häftlinge auf dem Fußboden schlafen.

Seit dem Ausbruch der Virusinfektion beschwerten sich einige Gefangene über die fehlerhafte Oberflächendesinfektion mit Chlorbleichmittel, deren Ausdünstungen das Atmen erschwerten und Hustenattacken, Engegefühl und Asthmaanfälle hervorriefen.

Amnesty International hat vorher schon dokumentiert, wie die iranischen Behörden die Gesundheitsvorsorge bei politischen Gefangenen verweigert und so deren Gesundheit und Leben erheblich gefährdet. In einigen Fällen erfolgte die Verweigerung medizinischer Behandlung, um die Gefangenen zu bestrafen, einzuschüchtern oder zu erniedrigen oder um „Geständnisse“ zu erzwingen.

„Wir fordern die iranischen Behörden erneut auf, sich dringend mit der Überbelegung der Gefängnisse zu befassen und alle diejenigen zu entlassen, die wegen der friedlichen Ausübung ihrer Rechte inhaftiert sind,“ sagte Diana Eltahawy. „Sie müssen auch erwägen, andere zu entlassen, besonders Kinder, Untersuchungsgefangene und Personen, die wegen der friedlichen Inanspruchnahme ihrer Rechte inhaftiert sind. Häftlinge müssen gleichen Zugang zu COVID-19-Schutzmaßnahmen, Tests und Behandlung haben.“

Amnesty International fordert von den iranischen Behörden außerdem eine ausreichende Versorgung mit Essen und Wasser, Gesundheitsversorgung, Hygiene und Betten für alle Gefangenen. Sie sollten Folter und andere Misshandlungen beenden und Gefangene menschenwürdig behandeln. Ausländische Beobachter wie der UN-Sonderberichterstatter für die Menschenrechte im Iran müssten unabhängige und unangekündigte Inspektionen nach internationalen Standards durchführen können.

Hintergrund

Seit März 2020 haben die erschreckenden Bedingungen in den Gefängnissen des Iran und die Besorgnisse wegen der Corona-Infektion zu Hungerstreiks, Protesten, Unruhen und zu Fluchtversuchen in den Gefängnissen überall im Land geführt. Die Behörden haben gewöhnlich mit Gewalt auf die Proteste reagiert. Sie haben übertriebene und unnötige Gewalt angewendet und in einigen Fällen Tränengas, Schrotkugeln und andere Munition angewandt, was zu Todesfällen und Verletzungen führte.

(Übersetzung der Iran-Koordinationsgruppe. Es gilt das englische Original.)